

Wirtschaft und Politik

Regierung spricht von "Krieg" in Afghanistan

Verteidigungsminister zu Guttenberg passt seine Wortwahl der tatsächlichen Bedrohungslage an

Rüdiger Scheidges Berlin In Afghanistan wird Krieg geführt. Das hat nun auch die Bundesregierung eingestanden. "In Teilen Afghanistans herrschen kriegsähnliche Zustände", sagte der neue Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) der "Bild"-Zeitung. Er habe Verständnis für jeden Soldaten, der sage: "In Afghanistan ist Krieg." Ein Kurs- oder Strategiewechsel der Bundesregierung ist nach Einschätzung des Ministeriums und des Bundeswehrverbandes mit den Äußerungen aber nicht verbunden.

Dennoch hat zu Guttenberg mit diesen Formulierungen ein Tabu gebrochen. Sein Amtsvorgänger Franz Josef Jung (CDU) hatte das Wort "Krieg" stets mit Verweis auf das Völkerrecht, das nur Staaten als Kriegführende kennt, vermieden. Zu Guttenberg stellt nun demonstrativ klar, dass die "herkömmliche Wortwahl" nicht länger für die tatsächliche Bedrohungslage zutrefte. "Wenigstens in der Empfindung nicht nur unserer Soldaten führen die Taliban einen Krieg gegen die Soldaten der internationalen Gemeinschaft."

Bundeswehrverband begrüßt "Signal an Soldaten" Der Bundeswehrverband begrüßt dieses "Signal an die Soldaten, die ihren Auftrag als Krieg mit Toten und Verwundeten erleben und genug haben von den Schönrednern in der Politik", sagte Sprecher Wilfried Stolze. Verbandschef Ulrich Kirsch erklärte: "Das ist eine lange überfällige Klarstellung. Wir sind dem Minister sehr dankbar, dass er die Dinge beim Namen nennt. Dadurch wird der Ernst der Lage deutlich. Unsere Frauen und Männer, die täglich dort im Kampf stehen, sagen: Das ist Krieg."

Im Verteidigungsministerium erwarten einige nun eine "Erweiterung der Diskussion über den Kampfeinsatz" in Afghanistan, hieß es gestern im Berliner Bendlerblock. Zu einer möglichen Aufstockung der Bundeswehr, die mit rund 4300 Soldaten drittstärkster Truppensteller im Kampfgebiet ist, äußerte sich zu Guttenberg zurückhaltend. Vorgänger Jung hatte in den vergangenen Wochen betont, dass die vom Afghanistan-Mandat festgelegte Obergrenze von 4500 Soldaten auch bei einem neuen Mandat die Richtlinie bleibe.

Über eine Aufstockung der Truppen wird erst 2010 entschieden Über eine Aufstockung des deutschen Kontingents will die Bundesregierung aber erst nach der Afghanistan-Konferenz Anfang 2010 entscheiden. Vor allem die USA drängen ihre europäischen Nato-Verbündeten, mehr Soldaten zu schicken. Insgesamt, so die Einschätzung des obersten Kommandeurs der US- und Nato-Truppen, Stanley McChrystal, seien bis zu 40 000 weitere Soldaten in Afghanistan nötig, um eine Niederlage gegen die radikal-islamischen Taliban sicher abzuwenden. Am 13. Dezember wird der Bundestag über ein neues Mandat für den Bundeswehreininsatz am Hindukusch entscheiden.

Gestern gerieten deutsche und belgische Soldaten erneut unter Beschuss der Taliban. Aufständische hatten rund 15 Kilometer vom Feldlager Kundus entfernt mit Sturmgewehren und Panzerfäusten auf die Nato-Truppen geschossen. Bundeswehrsoldaten wurden nicht verletzt.

Scheidges, Rüdiger